

Free Ella!

Repression gegen die Umweltbewegung in Hessen

Ortsgruppe Frankfurt/Main

Die „Unbekannte Weibliche Person“ (UWP), genannt Ella, befindet sich nun seit über einem Jahr in Untersuchungshaft. Sie ist dabei nicht die einzige Umweltaktivistin, die von den hessischen Repressionsbehörden getroffen ist, sondern bloß der schwerste Fall. Ein Überblick.

„Freiheit für Ella! Freiheit für Alle!“

■ Im November 2020 wurden die Besetzer*innen des Dannenröder Forsts – oder kurz: Danni – von der Polizei geräumt. Dabei wurden viele Genoss*innen ins Gefängnis gesteckt und mit anderen Repressalien überzogen. Es kam aber auch zu vielen Soliaktionen, die teilweise wieder Repression nach sich zogen. Der bekannteste Fall davon ist der Ellas, die zum Zeitpunkt dieses Artikels schon über 420 Tage in Untersuchungshaft sitzt. Hier ein kleiner Überblick, was bisher geschah und der Stand des aktuellen Verfahrens.

Danni bleibt

Der Danni ist ein Waldstück in Nordhessen, etwa 20 Kilometer östlich von Marburg. Inzwischen ist es um ein paar Dutzend Hektar Bäume ärmer. Mitten in der Klimakrise musste der Wald einer Autobahn weichen, die für eine Jahrzehnte alte Entscheidung steht, die mit allen Mitteln durchgesetzt wurde. Um diese Rodung und den Ausbau der A49 zu verhindern, hatten Umweltaktivist*innen Teile der geplanten Trasse seit Oktober 2019 besetzt. Dazu wurden Baumhäuser, Dreibeine und andere Barrikaden sowie Seilverbindungen zwischen den Bäumen gebaut. Die Polizei sprach kurz vor der Räumung von mindestens 100 Baumhäu-



Kundgebung vor der JVA am 7. Januar 2022

sern und mehr als 400 Barrikaden. Die Genoss*innen, die die Baumhäuser bewohnten, gaben ihren Alltag weitestgehend auf, um sich gänzlich dem Schutz des Waldes zu widmen. Aber bei der Besetzung des Dannis ging es von Anfang an um mehr als bloß den Erhalt eines Waldstücks oder die A49. Es geht um eine grundsätzliche Verkehrswende, radikale Klimapolitik und ein solidarisches Miteinander, wie die Besetzer*innen immer wieder betont haben.

Insbesondere die in Hessen regierende grüne Partei, die mal behauptet hatte, etwas Ähnliches zu wollen, setzte alles daran, die für sie schädlichen Bilder der Rodung eines Waldes für eine Autobahn, schnell aus der Öffentlichkeit zu bringen. Entsprechend brutal agierten die Polizei- und Einsatzkräfte und scheuten keine Kosten: Mindestens 31 Millionen Euro soll die Räumung des Danni gekostet haben.

Räumung und Repression

Anfangs war es ein Katz- und Mausspiel: Die Polizei räumte mit großem Aufgebot ein paar Meter, doch bevor sie diese einzäunen konnte, gab es schon

wieder Barrikaden. In den begleitenden Camps am Waldrand lebten immer mehr Aktivist*innen. Dazu kamen noch viele hundert Menschen, die sich in Form eines Besuchs am Wochenende solidarisch an die Seite der Besetzer*innen stellten. Selbst von den Familien mit Kindern hat sich die Polizei aber nicht abschrecken lassen, mit dem Wasserwerfer den Herbst noch etwas unangenehmer zu machen.

Viel zu schnell war von den verschiedenen Barrios aus Baumhäusern im Wald nicht mehr viel zu sehen und die Rodungstrasse nahm rasch Gestalt an. Im November 2020 löste die Polizei dann alles auf. Im Zuge der Räumung wurde auch die „Unbekannte Weibliche Person 1“ – Ella – verhaftet. Ella wird vorgeworfen sich auf einem Baum in 15 Metern Höhe gegen das Herabziehen an ihren Beinen gewehrt zu haben. Sie soll damit die SEK-Beamten gefährdet haben. Doch wenn hier jemand eine Gefahr war, dann das Spezialeinsatzkommando, das rücksichtslos unsere Genoss*innen von den Bäumen zerrte, Sicherungsleinen durchtrennte und Plattformen einriss.

Ella, sowie andere Genoss*innen, verweigerten im Zuge der Räumung ihre Personalien. Das führte dazu, dass sie zu-

NOTIZEN AUS DEM RECHTSSTAAT

Immer wieder Elmau

Als aktuelle Vorsitzende der G7 richtet die Bundesregierung das jährliche Treffen des Clubs der Ausbeuter, Kriegstreiber und Klimazerstörer aus. Wie bereits 2015 soll das Gipfeltreffen im Luxushotel Schloss Elmau in den bayerischen Alpen stattfinden – unter anderem, weil die Kulisse so schön ist und sich das „Sicherheits“-Konzept bewährt hat. Für die Zeit des Gipfels (26.-28. Juni 2022) sind bereits mehrere Kundgebungen in München und der Umgebung von Elmau geplant. Über weitere Proteste und Aktionen freuen sich die voraussichtlich mindestens 20.000 Polizeieinsatzkräfte sicherlich.

Keine Einsicht für Pimmel-Andy

Nachdem der Hamburger Repressionsapparat seinen Innensenator Andy Grote in der „Pimmelgate“-Affäre erfolgreich vorgeführt hatte (vgl. *RHZ* 4/21), wollte dieser per Anwalt Einsicht in die Ermittlungsakten zu seiner Anzeige wegen angeblicher Beleidigung („Du bist so 1 Pimmel“) nehmen, die u.a. zum Anlass für eine offensichtlich völlig grundlose Hausdurchsuchung genommen wurde. Die Staatsanwaltschaft verweigert ihm jedoch den Blick in die eigenen Akten – der Senator habe „kein berechtigtes Interesse“ dargelegt.

Verfassungsschutz vor dem Verfassungsgericht

Vor dem Bundesverfassungsgericht läuft derzeit die Klage von drei Genossen gegen das bayerische Verfassungsschutzgesetz von 2016, das dem bayerischen als einzigem deutschen Geheimdienst den Zugriff auf Telefon- und Internetdaten aus der polizeilichen Vorratsdatenspeicherung offiziell genehmigt. Ein Urteil wird es erst in einigen Monaten geben, die Gesellschaft für Freiheitsrechte, die die Klage koordiniert, betrachtet es bereits jetzt als richtungweisend: Komme 

nächst in Gewahrsam genommen wurden. Die hessischen Behörden, allen voran das Oberlandesgericht Frankfurt, bestand darauf, dass die Baumbesetzer*innen ihre Personalien rausrücken, sonst kämen sie bis zu ihrem Prozess in Untersuchungshaft. Unter diesem Druck entschieden sich einige doch dazu, ihre Personalien anzugeben und so dem Knast zu entgehen. Ella verweigert jedoch bis heute ihre Personalien. Das heißt aber auch, dass sie seit dem 26. November 2020 in Untersuchungshaft sitzt. Zwar wurden im ersten Jahr eine Vielzahl von Haftprüfungsanträgen gestellt, diese aber stets abschlägig entschieden. Es ist bemerkenswert, dass Ellas Identität trotz Knast, umfangreicher Ermittlungen und europaweiten Datenbankabfragen bis heute unbekannt ist. Die Behörden scheitern dabei nicht nur an Ellas konsequenter Haltung, sondern auch an der unerschütterlichen Unterstützung durch ihre Genoss*innen, Freund*innen und Familie. Jeder Brief, den Ella ins Gefängnis erhält, wird Wort für Wort nach Hinweisen auf ihre Identität oder wenigstens Staatsangehörigkeit untersucht – und das seit über einem Jahr ohne Erfolg. Das heißt, dass alle, die ihr nahestehen, sie nicht preisgeben. Wir können uns vorstellen, dass das nicht leicht ist.

Aus Solidarität mit der Besetzung kam es zudem im Oktober und November 2021 auf mehreren Autobahnen in Hessen zu Abseilaktionen. CDU-Innenminister Peter Beuth sieht darin eigentlich schon Terror und meint, das sei „ein gezielter Angriff auf die Infrastruktur in unserem Land“ gewesen und der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Marius Weiß fragt sich auf twitter, „ob die bisherigen Strafen für so einen gefährlichen Irrsinn ausreichen.“ Auch hier gab es wochenlange Untersuchungshaft für die Genoss*innen mit Isolationshaft und Schlafentzug (*RHZ* 1/21). Die Gerichtsverfahren gegen die Abseiler*innen begannen im Dezember und werden größtenteils im Februar diesen Jahres geführt.

Daneben gibt es selbstverständlich weitere Verfahren und Repressionsfälle. Neben Ella saß Björn vom 14. November 2020 bis kurz vor Weihnachten 2021 ebenfalls in Knast. Die Zahl der Verfahren wegen Personalienverweigerung und der Bescheide zur Übernahme der Kosten der Räumung liegen im dreistelligen Bereich. Konkret sollen diejenigen, die von der Polizei aus den Bäumen geholt wer-

den mussten, jede angefangene Viertelstunde Arbeit der Beamt*innen vergelten. Die Summen variieren dabei von Fall zu Fall, mitunter liegen diese über 12.000 Euro. Bereits im August 2021 sprach die Polizei von mehr als 100.000 Euro, die sie per Kostenbescheid einforderte, und davon, dass sie zusätzliche Bescheide ausstellen wolle.

U-Haft und über zwei Jahre in erster Instanz für Ella

Die Verhandlung gegen Ella vor dem Amtsgericht Alsfeld begann am 25. Mai 2021 unter den Augen zahlreicher solidarischer Prozessbegleiter*innen, aber auch der Presse vom *Hessischen Rundfunk* bis *Sat1*. Vertreten wurde Ella dabei von einem Anwalt aus der Region sowie einem Laienverteidigungsteam aus Mittelhessen. Das Verfahren, bei dem Ella wie eine Schwerverbrecherin behandelt wurde, endete am 23. Juni 2021 mit einem völlig überzogenen Urteil über zwei Jahre und drei Monate. Während des Verfahrens traten SEK-Beamte ohne Namen und komplett verumumt als Zeugen auf. Trotz ihrer widersprüchlichen Aussagen und entlastendem Videomaterial folgte das Amtsgericht Alsfeld weitgehend der Anklage. Dutzende Beweisanträge der Verteidigung zur Entlastung von Ella wurden dagegen abgelehnt. Das Urteil ist nicht rechtskräftig, sondern es kommt zu einer weiteren, inzwischen laufenden Verhandlung vor dem Landgericht Gießen.

Während Ellas Zeit in U-Haft gab es erst wöchentliche, dann monatliche Kundgebungen vor der Justizvollzugsanstalt Preungesheim. Diese wurden von unterschiedlichen Gruppen organisiert und waren vor allem zu Beginn gut besucht. Dass die Solidaritätsbekundungen bis hinter die Mauern drangen, bestätigt Ella immer wieder in ihren Briefen. Einige ihrer Briefe kann man übrigens im Internet nachlesen!

Im Herbst 2021 produzierten die Laienverteidiger*innen von Ella einen einstündigen Film. Der zeigte vor allem nachgestellte Szenen der Räumung und einen bissigen Kommentar. Der Film feierte an über hundert Orten Premiere; auch vor der JVA Frankfurt. Ein größeres Medienecho blieb leider aus.

Am Jahrestag von Ellas Verhaftung gab es vor dem Knast zwei Kundgebungen, zu der Unterstützer*innen aus dem ganzen Bundesgebiet anreisten. Das hat

uns sehr gefreut und wir waren wieder laut genug, dass man uns bis in den Knast hören konnte. Auch in Gießen kam es am Jahrestag zu verschiedenen Soliaktionen. So wurde zum Beispiel der Eingang des Landgerichts mit Kartons zugemauert, mehrere Bushaltestellen rund um das Gerichtsviertel und die JVA Gießen mit Adbusting-Postern versehen und Transpa-

Bener Innenstadt. Trotz der Abgelegtheit kamen wieder viele solidarische Prozessbegleiter*innen, nicht nur aus der unmittelbaren Waldbesetzungsszene, sondern auch aus dem antimilitaristischen und antifaschistischen Spektrum. Sogar der „Soli-Bus“ kam von Berlin über Leipzig und Frankfurt nach Gießen.

Zusätzlich sind mehrere Verwaltungsklagen anhängig, die die Rechtmäßigkeit der Danni-Räumung bezweifeln. Passend dazu: Im September 2021 hatte das Verwaltungsgericht Köln entschieden, dass die drei Jahre zuvor erfolgte Räumung des Hüttendorfs im Hambacher Forst rechtswidrig gewesen sei. Zu offensichtlich seien die baurechtlichen Gründe für die Räumung vorgeschoben gewesen; es sei um die politische Bekämpfung der Kohle-Gegner*innen gegangen. Im Laufe der Instanzen waren in NRW auch anfangs sehr hohe Urteile gegen einige Besetzer*innen gesprochen worden, die später wieder gekippt wurden, wie zum Beispiel im Fall Eule.

Kundgebung zum Prozessauftritt

rente aufgehängt. Alle Aktionen forderten Ellas Freiheit und die aller politischen Gefangenen sowie ein Ende des Knastsystems. Eine weitere Kundgebung fand am 7. Januar diesen Jahres statt, die von einem Bündnis Frankfurter Genoss*innen organisiert wurde, die derzeit selber mit Repression zu kämpfen haben.

Aktueller Stand

Im Herbst 2021 kam es bei Ella zu einem Wechsel der Verteidigung. Sie wird nun von zwei Frankfurter Anwältinnen vertreten und Ella engagiert sich stärker selbst. Das wird unter anderem dadurch ermöglicht, dass die sehr umfangreiche Akte ins Englische übersetzt wurde. Inzwischen läuft die zweite Instanz des Verfahrens, dessen Prozessauftritt am 17. Januar stattfand. In diesem hat der Richter Ella als „politische Angeklagte“ bezeichnet, die den Preis für die von ihr und der Bewegung gewählte politische Strategie zu zahlen habe. Gleichzeitig scheint er gewillt, diesmal eher auf die Beweisanträge der Verteidigung einzugehen. Damit gibt es Anlass zur Hoffnung, dass es um mehr als nur um Ella gehen könnte, nämlich um die Rechtmäßigkeit der Räumung überhaupt und das Vorgehen von Polizei und Staatsanwaltschaft. Uns und der Verteidigung geht es dabei um nichts weniger als die sofortige Freilassung: Ella muss raus!

Das Gericht tagt in der „Außenstelle“ des Landgerichts Gießen: Einer eigens errichteten Halle fern der Gie-

► Mehr Informationen zum Prozess gegen Ella, Briefe von ihr aus dem Knast und der Solidarität mit ihr – und weiteren von Repression betroffenen Genoss*innen gibt es auf:
<https://freethemall.blackblogs.org/>
<https://waldstattasphalt.blackblogs.org/>
<https://wald-statt-asphalt.net/>

► **Briefe für Ella an**
 JVA Preungesheim
 JVA 3 z.H. UWP Eins
 Obere Kreuzäckerstraße 4
 60435 Frankfurt am Main

Neben dem Verfahren gegen Ella gibt es, wie gesagt, mehrere hundert Verfahren mit Verbindung zum Danni und anderen Waldbesetzungen. Das Land Hessen will sich keine Bestrafung entgehen lassen. Doch das Wichtigste ist: Sein politisches Ziel hat der Staat nicht erreicht. Es gibt weiter Waldbesetzungen und Widerstand. Die Bewegung hat sich von der Repression nicht brechen lassen und steht trotz aller Differenzen solidarisch zusammen. ❖

NOTIZEN AUS DEM RECHTSSTAAT

🔗 Bayern mit dieser nächsten Runde der Grundrechtseingriffe vor dem BVerfG durch, könnten andere Bundesländer mit Verschärfungen nachziehen.

Intakte Netze

Die Morde aufklären, die Helfershelfer und Hintermänner aufdecken und ihrer gerechten Strafe zuführen: Das hatte Angela Merkel einst den Hinterbliebenen der vom nazistischen Terrornetzwerk NSU Ermordeten versprochen. Ihre Regierung ist inzwischen abgetreten – wenig überraschend, ohne das Netzwerk aus Neonazis, Geheimdiensten und Polizeien aufgeklärt, geschweige denn aufgelöst zu haben. Inzwischen ist eine neue Bundesregierung angetreten, mit einem ähnlichen Versprechen. Die restlose Aufklärung des NSU-Komplexes und die Zerschlagung der zahl- und umfangreichen rechtsterroristischen Netzwerke in den und um die „Sicherheitsorgane“ sind freilich auch von ihr nicht zu erwarten.

„Stets angemessener“ IAA-Einsatz

Bei den Protesten gegen die Auto-show IAA in München Ende September wurden offiziell zwölf Personen in „präventivpolizeilichen Gewahrsam“ genommen, überwiegend in Zusammenhang mit Absellaktionen von Autobahnbrücken. Auf das dafür nötige „unmittelbare Bevorstehen von Straftaten“ nach dem bayerischen Polizeiaufgabengesetz schloss sie dabei laut Innenministerium u.a. „durch das professionelle, organisierte Vorgehen der Personen im Gesamten“ und „die weite Anreise der Personen, um Straftaten zu begehen“. Außerdem wurden 91 Bereichsbetretungsverbote und 15 Platzverweise ausgesprochen sowie 122 „Gefährderansprachen“ durchgeführt, was „im Einzelfall“ auch schon „beim Mitführen von Flyern, Transparenten, Stickern und vergleichbarer Materialien“ angemessen sein könne. Daten zu den Verletzten durch zahlreiche Schlagstock- und 🔗